

EINLEITUNG

Am 7. April 1933 diskutierte und verabschiedete die Regierung des Deutschen Reiches das „Gesetz über Titel, Orden und Ehrenzeichen“.¹ Dabei machte Reichsminister Hermann Göring in Hinblick auf das bislang geltende verfassungsrechtliche Verbot staatlicher Ordensverleihungen deutlich,

„daß der Gesetzentwurf von grundlegender Bedeutung sei. Er selbst habe in erster Linie den Entwurf veranlaßt, weil er der Überzeugung sei, daß die Weimarer Republik nicht zum mindesten infolge ihres Mangels an Ehrenausszeichnungen, Orden usw. sowie an der Unfähigkeit, populäre Feiern zu veranstalten, zugrunde gegangen sei“.²

Die Einschätzung, die Weimarer Republik habe einen rationalistischen Politikstil gepflegt und zu wenig das Bedürfnis der Menschen nach Gemeinschaft berücksichtigt, findet sich auch in neueren Forschungen wieder.³ Ob eine verstärkte staatliche Ehrungspraxis und feierliche nationale Inszenierungen die Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 tatsächlich hätten verhindern können, ist hypothetisch und nicht zu klären. Görings Feststellung wirft jedoch Fragen auf, deren Beantwortung höchst aktuell ist, und die dazu beitragen, zu verstehen, was zwischen 1933 und 1945 geschah.

Zweifelsohne füllen wissenschaftliche Schriften zum Thema Nationalsozialismus regelweise die Bibliotheken. Dennoch wirft der Zeitraum von zwölf Jahren, in dem fast alle Länder der Welt in einen von Deutschland begonnenen Krieg involviert waren, in dem etwa 55 Millionen Menschen starben und in dem mit dem Versuch, alle Juden zu vernichten, eine bislang kaum vorstellbare Tat kollektiv begangen wurde, nach wie vor Fragen zum Funktionieren der nationalsozialis-

1 Vgl. RGB, 1933-I, S. 180.

2 Göring in einer Ministerbesprechung v. 7.4.1933, abgedruckt in: o. A.: Akten der Reichskanzlei. Regierung Hitler 1933–1938, Boppard am Rhein 1983–2005, Bd. I, Teil 1, S. 325. Auch den in den Weimarer Jahren am 11. August durchgeführten Verfassungsfeiern gelang es nicht, „emotionale Tiefenwirkung zu erzeugen“. Vgl. zur Praxis in Hannover Bloch, Marlene: „Den Feinden der Republik zum Trutz und der Verfassung zum Schutz“. Die Verfassungsfeiern in Hannover 1922–1932, in: Schmid, Hans-Dieter (Hrsg.): Feste und Feiern in Hannover, Bielefeld 1995, S. 213–230, Zitat S. 230.

3 Vgl. z. B. Bussemer, Thymian: Propaganda und Populärkultur. Konstruierte Erlebniswelten im Nationalsozialismus, Wiesbaden 2000, S. 101 und Reichel, Peter: Aspekte ästhetischer Politik im NS-Staat, in: Herrmann, Ulrich/Nassen, Ulrich (Hrsg.): Formative Ästhetik im Nationalsozialismus. Intentionen, Medien und Praxisformen totalitärer ästhetischer Herrschaft und Beherrschung, Weinheim 1993, S. 13–31, hier S. 13f. Aufgrund eines Vergleichs von Gefallenengedenkfeiern in der Weimarer Republik und im Nationalsozialismus kommt Behrenbeck zu einem differenzierteren Ergebnis, vgl. Behrenbeck, Sabine: Gefallenengedenken in der Weimarer Republik und im „Dritten Reich“, in: Arnold, Sabine R./Fuhrmeister, Christian/Schiller, Dietmar (Hrsg.): Politische Inszenierung im 20. Jahrhundert. Zur Sinnlichkeit der Macht, Wien u. a. 1998, S. 35–55.

tischen Herrschaft auf. Der „Zivilisationsbruch Auschwitz“ (Dan Diner) lässt insbesondere Aspekte von Schuld und Moral nicht in Vergessenheit geraten.

In der frühen bundesrepublikanischen Forschung über den Nationalsozialismus war man davon ausgegangen, dass Hitler die alles entscheidende Person gewesen war. Demnach hatte sich die NSDAP, die von ihm autoritär geführt wurde, nach dem 30. Januar 1933 den staatlichen Verwaltungsapparat unterstellt, ihn personell durchdrungen und dadurch ihre Politik aufgezwungen. Diese Annahme implizierte eine Dichotomie zwischen Hitler und seiner NSDAP auf der einen sowie einem ebenso neutralen wie hilflosen nicht-nationalsozialistischen Staat auf der anderen Seite. An dieser Vorstellung mit ihrer inhärenten Entlastung von Staat und Verwaltungsapparat nährten sich jedoch bald Zweifel. So musste man zum Beispiel erkennen, dass staatliches Handeln von Beginn an nicht allein von Mitgliedern der NSDAP ausging: Zwar zielte das 1933 erlassene Gesetz über die Wiederherstellung des Berufsbeamtentums auf die Ausschaltung jener Personen, die gemäß der nationalsozialistischen Weltanschauung aus „rassistischen“ oder politischen Gründen als missliebig eingestuft wurden. Diese Maßnahme griff auch gegenüber Juden und Sozialdemokraten, nicht aber gegenüber allen anderen Staatsdienern. Letztere waren nicht nur erfahren und kompetent in Verwaltungsfragen; sie hatten sich auch im Sinne der Nationalsozialisten als weitgehend zuverlässig erwiesen, selbst, wenn sie nicht Mitglieder der NSDAP gewesen waren.⁴

Seit den 1970er-Jahren wurde der Glaube an eine von Hitler zentral gesteuerte Politik und an eine stringente Befehlsgewalt nachhaltig erschüttert. Reinhard Bollmus stellte beispielsweise dar, dass für außenpolitische Fragen nicht allein das Außenpolitische Amt, sondern weitere Minister und Beauftragte zuständig gewesen waren und es dadurch zu einem Ämterchaos gekommen war. In diesem Gerangel um Kompetenzen entschied nicht Hitler darüber, wer oder welches politische Konzept zum Zuge kommen sollte, sondern der Stärkere unter den Akteuren.⁵ Peter Hüttenberger zeigte, dass sogar die Gaue teilweise über beträchtlichen Entscheidungsspielraum selbst in zentralen Fragen der Politik wie der Germanisierungspolitik im Osten verfügten.⁶ Auf Grund dieser und ähnlicher Studien sprach man zum Beginn der 1970er-Jahre vermehrt von Polykratie. Der Begriff stand und steht für unklar abgegrenzte Kompetenzbereiche, widerstreitende politische Konzepte sowie divergierende Positionen und Anweisungen der verschiedenen parteipolitischen und staatlichen Instanzen.⁷

Um das Herrschaftsgefüge im Nationalsozialismus weiter zu ergründen, richtete sich eine wachsende Zahl an Studien auf die Analyse der lokalen und regiona-

4 Vgl. Mommsen, Hans: Beamtentum im Dritten Reich. Mit ausgewählten Quellen zur nationalsozialistischen Beamtenpolitik, VfZ 13/1966.

5 Vgl. Bollmus, Reinhard: Das Amt Rosenberg und seine Gegner. Studien zum Machtkampf im nationalsozialistischen Herrschaftssystem, Stuttgart 1970.

6 Hüttenberger, Peter: Die Gauleiter. Studie des Machtgefüges in der NSDAP, Stuttgart 1969.

7 Vgl. erstmals Hüttenberger, Peter: Nationalsozialistische Polykratie, GG 1/1976, S. 417–442. Im Unterschied dazu hatte die 1968er-Generation ihren Schwerpunkt mehr auf systemische Fragen gelegt. Darauf soll indessen in diesem kursorischen Forschungsüberblick nicht näher eingegangen werden.

len Verhältnisse, so dass sich die Mikro- und Mesogeschichte als wichtiges Forschungsfeld nach und nach etablieren konnte. So wurde die Machtergreifung und Stabilisierung der NS-Elite auf regionalgeschichtlicher Ebene⁸ und in Kommunen untersucht⁹ oder in Parteigliederungen,¹⁰ mittlerweile bis hinunter zu Ortsgruppen.¹¹ Immer zahlreichere stadt- und regionalgeschichtliche Arbeiten vermitteln seither ein differenziertes Bild von den politischen Herrschaftsstrukturen vor Ort und den Zusammenhängen zwischen lokaler, regionaler und nationaler Politik.

Die Stadt- und Regionalgeschichtsforschung hat sich jedoch nicht damit begnügt, festzustellen, welche Kompetenzen den verschiedenen Eliten in Politik und Verwaltung zugewiesen oder zugestanden wurden, sondern sie hat gerade im letzten Jahrzehnt intensiv danach gefragt, inwiefern diese Potentiale genutzt wurden, um zum Beispiel Repressionsmaßnahmen abzumildern oder, im Gegenteil, zu verstärken. Das Ergebnis war ernüchternd. Die „Selbstgleichschaltung“ ist längst zu einem feststehenden Begriff geworden, der eine häufige Praxis von Vereinen und Organisationen auf den Punkt bringt. Oft lange vor den offiziell eingeleiteten Gleichschaltungsmaßnahmen wurden jüdische Mitglieder ausgeschlossen, oder man trennte sich von Vorstandsmitgliedern, die den zuständigen Nationalsozialisten nicht genehm waren. So zeigten Untersuchungen, dass Kommunen oftmals initiativ und an vorderster Front tätig waren, als es galt, Maßnahmen zur Deportation der Juden zu ergreifen.¹² In jüngster Zeit steht die Einordnung der Gaue als Parteiinstanzen auf dem Prüfstand: Eine Gruppe von Autoren plädiert im Hinblick auf die Zeitphase seit Mitte der 1930er-Jahre dafür, diese vor allem als staatliche

- 8 Vgl. Broszat, Martin/Fröhlich, Elke (Hrsg.): Bayern in der NS-Zeit. 6 Bände, München 1977–1983; Herrmann, Hans-Walter (Hrsg.): Widerstand und Verweigerung im Saarland 1935–1945, 3 Bände, Bonn 1989–1995 und John, Jürgen: Der NS-Gau Thüringen 1933 bis 1945. Grundzüge seiner Struktur- und Funktionsgeschichte, in: Ulbricht, Justus H. (Hrsg.): Klassikerstadt und Nationalsozialismus. Kultur und Politik in Weimar 1933 bis 1945, Weimar 2002, S. 25–52.
- 9 Vgl. die bereits sehr frühe Studie von Allen, William Sheridan: „Das haben wir nicht gewollt!“ Die nationalsozialistische Machtergreifung in einer Kleinstadt 1939–1935, Gütersloh 1965 sowie Goebel, Klaus: Wuppertal in der Zeit des Nationalsozialismus, Wuppertal 1984; Müller, Roland: Stuttgart zur Zeit des Nationalsozialismus, Stuttgart 1988; Schmuhl, Hans Walter: Die Stadt unter dem Hakenkreuz. Zustimmung, Resistenz und Ausgrenzung, in: Freitag, Werner (Hrsg.): Geschichte der Stadt Gütersloh, Bielefeld 2001, S. 403–448 und Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg (Hrsg.): Hamburg im „Dritten Reich“, Göttingen 2005.
- 10 Vgl. Noakes, Jeremy: The Nazi Party in Lower Saxony, 1921–1933, London 1971 und Lehmann, Sebastian: Kreisleiter der NSDAP in Schleswig-Holstein. Lebensläufe und Herrschaftspraxis einer regionalen Machtelite, Bielefeld 2007.
- 11 Vgl. Reibel, Carl-Wilhelm: Das Fundament der Diktatur. Die NSDAP-Ortsgruppen 1932–1945, Paderborn 2002.
- 12 Gruner, Wolf: Die NS-Judenverfolgung und die Kommunen. Zur wechselseitigen Dynamisierung von zentraler und lokaler Politik 1933–1941, in: VfZ 48/2000, S. 75–126. Für Hannover vgl. Fleiter, Rüdiger: Stadtverwaltung im Dritten Reich. Verfolgungspolitik auf kommunaler Ebene am Beispiel Hannovers, Hannover 2006.

Regionalinstanzen, nicht lediglich als Parteigliederungen zu fassen.¹³ Dadurch habe sich für die Gauleiter ein weiterer Handlungsraum eröffnet. Auch für die Kulturpolitik wurde, so zum Beispiel in der Theaterpolitik, ein relativ großer Spielraum der Entscheidungsträger festgestellt, von dem jedoch selten zugunsten von Verfolgten oder Diskriminierten Gebrauch gemacht wurde: In vorauseilendem Gehorsam kamen vielmehr die Schauspielhäuser einer möglichen Zensur zuvor; so gut wie nie mussten Reichsbehörden einschreiten, um Vorschriften durchzusetzen.¹⁴

Durch die Hinwendung zur Mikrogeschichte geriet vermehrt ein neuer Akteur in den Blick: die Bevölkerung. In der frühen bundesrepublikanischen Geschichtsschreibung hatte die Vorstellung dominiert, dass die Bevölkerung von Hitler und seiner Partei beherrscht worden war. Die Deutschen seien von der politischen Führung in Berlin über ihre wahren Absichten nicht ausreichend informiert gewesen, also getäuscht worden. Die anfängliche Begeisterung sei bei den meisten schnell verflogen, es sei dann jedoch zu spät gewesen, um wesentliche Änderungen zu erreichen, da die Diktatur bereits installiert gewesen und durch GeStaPo und SA gewaltsam verteidigt worden sei. Es bliebe demnach lediglich die Wahl, sich anzupassen oder sich in den lebensgefährlichen Widerstand zu begeben. Problematisch an dieser Sichtweise ist vor allem die immanente Annahme einer zumindest inneren Distanz der Mehrheit der Bevölkerung zur nationalsozialistischen Herrschaft. Diese wurde dann auch zunehmend in Frage gestellt. Nicht allein Terror und Gewalt seien verantwortlich für das Wohlergehen der Bevölkerung im „Dritten Reich“ gewesen, so hieß es nun, sondern auch Freiwilligkeit, Zustimmung oder gar Begeisterung durch die permanente Beeinflussung. Das Begriffspaar „Verführung und Gewalt“ (Hans-Ulrich Thamer) stand stellvertretend für diese Erkenntnissetappe, in der die bis dahin vorwiegend als wirkungslos eingestufte nationalsozialistische Propaganda und der Repräsentationskult in ihrer Wirkung und damit Bedeutung höher bewertet wurde. Großveranstaltungen wie Reichsparteitage und Nationalfeiern oder der Architekturstil wurden unter solchen und ähnlichen Fragestellungen erneut untersucht, und den Inszenierungen eines „schönen Scheins“ (Peter Reichel) in Form einer Ästhetisierung der Politik wurde eine beträchtliche Wirkmächtigkeit zugeschrieben. So wichtig der Perspektivwechsel auch war und ist, so wurden die Deutschen dabei oft weiterhin als passiv begriffen. Sie hatten lediglich die Begründung für ihren Opferstatus gewechselt: Statt dass sie eine Politik erleiden mussten, die ihnen nicht behagte, waren sie nun Opfer einer Herrschaftsinszenierung, die ihren inneren Widerstand gebrochen und sie gefügig gemacht hatte.

13 Vgl. John, Jürgen/Möller, Horst/Schaarschmidt, Thomas (Hrsg.): Die NS-Gaue. Regionale Mittelinstanzen im zentralistischen „Führerstaat“, München 2007.

14 Vgl. Schrader, Bärbel: „Jederzeit widerruflich“. Die Reichskulturkammer und die Sondergenehmigungen in Theater und Film des NS-Staates, Berlin 2008 und Rischbieter, Henning (Hrsg.): Theater im „Dritten Reich“. Theaterpolitik, Spielplanstruktur, NS-Dramatik, Seelze-Velber 2000.

Etwa seit den 1990er-Jahren widmet sich die Forschung nicht nur der Duldung und Akzeptanz der Bevölkerung, sondern vermehrt der aktiven Verstrickung der „ganz gewöhnlichen Deutschen“ (Daniel J. Goldhagen) in den Nationalsozialismus.¹⁵ Die Ergebnisse sind ebenso ernüchternd wie erschreckend: Gewalthandlungen gegen so genannte „Volksfeinde“ konnten die politischen Eliten nicht allein umsetzen, sondern sie bedurften unzähliger Helfershelfer. Denunziationen belegen, dass viele Personen auch ohne Amt und Mandat, allein als Privatpersonen, systemstabilisierend agierten.¹⁶ Besonders eindringlich zeigen Untersuchungen zur Arisierungspraxis, dass es primär nicht auf das Motiv des Handelns, sondern einzig und allein auf die Handlung selbst ankam: Ob ein Käufer von Silber, das vormals Juden gehört hatte und diesen gegen einen Ramschpreis abgenommen worden war, zum Erwerb gedrängt wurde, ob er mit schlechtem Gewissen handelte oder ob er die Arisierung guthieß, war für das daraus resultierende Funktionieren der kollektiven Tat unerheblich.

Für andere Fragestellungen ist allerdings nach wie vor die Suche nach den Motiven oder der „Gesinnung“, welche die Haltungen und Handlungen der „gewöhnlichen Deutschen“ bestimmten, ein wichtiges Themenfeld der neueren Forschung geblieben. Je häufiger deutlich wird, dass die Beteiligung an Unrechtstaten breit gestreut war, desto dringender stellt sich die Frage nach den Gründen und Wirkungen. Weil viele Menschen sogar an den zahllosen Verwaltungsvorgängen, die der Exklusion und der späteren Vernichtung der Juden vorausgingen, partizipierten, fragt man sich: Wie nazifiziert musste dann die Gesellschaft gewesen sein und wie kann die Kohäsion der im Unrechtsstaat (Ernst Fraenkel) Involvierten erklärt werden? Verschiedene Aspekte wurden im Laufe der letzten Jahrzehnte genannt, die für einen Zusammenhalt der Mehrheitsbevölkerung als relevant gelten können, allen voran der prozesshaft fortschreitende Antisemitismus sowie die permanente Fixiertheit auf den „Führer“, der als reichlich genutzte Projektionsfläche fungierte: Insbesondere in Ian Kershaws richtungweisender Hitler-Biografie wurde dem „Führer“ eine integrierende Rolle bescheinigt.¹⁷ Viele Menschen beriefen sich auf ihn, sahen sich von ihm verstanden und vertreten. Für diese Funktion waren die Widersprüche in Hitlers Aussagen eher förderlich denn hinderlich, da sie recht unterschiedlichen Personen als Identifikationsangebot dienen konnten.

Neuerdings wird zur Erklärung, wie eine Mehrheit der Deutschen so verhältnismäßig reibungslos die politischen Maßnahmen umsetzen konnte und wie sich in relativ kurzer Zeit im kollektiven Handeln eine erstaunliche „negative Dynamik“ entwickelte, vermehrt mit dem Begriff der „NS-Volksgemeinschaft“ ope-

15 Aktuell und summarisch hierzu Fritzsche, Peter: *Life and Death in the Third Reich*, Cambridge/London 2008; Longerich, Peter: *„Davon haben wir nichts gewusst!“ Die Deutschen und die Judenverfolgung 1933–1945*, München 2006 und Bergerson, Andrew Stuart: *Ordinary Germans in extraordinary times. The Nazi revolution in Hildesheim*, Bloomington/Indianapolis 2004.

16 MarBolek, Inge: *Die Denunziantin. Helene Schwärzel 1944–47*, Bremen 1993, bes. S. 107–113.

17 Kershaw, Ian: *Hitler. 1889–1936*, Stuttgart 2. Aufl. 1998, S. 663–744.

riert.¹⁸ Bis dato war dieser meist als propagandistische Phrase verstanden worden, die von den Nationalsozialisten in ganz verschiedenen Zusammenhängen benutzt worden war. „NS-Volksgemeinschaft“ wird jedoch in jüngster Zeit als ein analytischer Begriff eingeführt, der gefühlte und wirkmächtige Bindekräfte zwischen den Deutschen beschreiben soll.¹⁹ Der damit in den Blick gelangte rassistisch konnotierte Vergemeinschaftungsprozess wurde insbesondere von Michael Wildt als kollektive Selbstermächtigungspraxis beschrieben:²⁰ Demnach entstand eine nationalsozialistische Volksgemeinschaft, indem eine Mehrheit der nichtjüdischen Deutschen durch Ausgrenzungsaktionen und Gewalt ihnen missliebige Personen ausschloss. Volksgemeinschaft wird von Wildt also nicht statisch gefasst, sondern als ein Prozess, bei dem eine Gemeinschaft sich selbst erfährt und ‚herstellt‘, und zwar vor allem durch die gewaltsame Exklusion von allen Personen, die als ‚volksfremd‘ oder als ‚Volksfeinde‘ definiert wurden. Diese kollektive Praxis stellte einen ständigen, nicht geahndeten Rechtsbruch dar und transformierte die Weimarer Rechtsordnung von einer repräsentativen in eine spezielle Form von direkter Demokratie, in der Legislative, Exekutive und Judikative in gemeinschaftlicher Praxis als nationalsozialistisches ‚Volksrecht‘ vollzogen wurden. Damit wurde diese Mehrheit der Deutschen ein politischer Souverän, eine Volksgemeinschaft.

Auch Frank Bajohr untersuchte die breite Beteiligung der Bevölkerung anhand des Hamburger Vereinslebens. Dabei verwendet er den Begriff ‚Zustimmungsdiktatur‘, der eine ‚Mischung aus Zwang und Zustimmung‘ markiert.²¹ Demnach war es im Nationalsozialismus möglich,

„die soziale Kontrolle der ‚Volksgenossen‘ weitgehend den NS-Organisationen sowie der Gesellschaft selbst zu überlassen, die damit unmittelbarer Bestandteil der NS-Herrschaft war und dieser nicht in schroffer Distanz gegenüberstand.“²²

18 Vgl. Bajohr, Frank/Wildt, Michael (Hrsg.): Volksgemeinschaft. Neue Forschungen zur Gesellschaft des Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 2009 und Frei, Norbert: „Volksgemeinschaft“. Erfahrungsgeschichte und Lebenswirklichkeit der Hitler-Zeit, in: ders.: 1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewußtsein der Deutschen, München, 2. Aufl. 2009, S. 121–142. In Niedersachsen hat sich aktuell ein Forschungskolleg unter Beteiligung von vier Universitäten zum Thema „Nationalsozialistische ‚Volksgemeinschaft‘? Konstruktion, gesellschaftliche Wirkungsmacht und Erinnerung vor Ort“, vgl. www.foko-ns.de [DL: 28.5.2010] gebildet. Bereits 2005 wurden Analysen über diverse Feste veröffentlicht, in denen auch der Volksgemeinschaftsgedanke eine relevante Rolle spielt. Vgl. Saldern, Adelheid von (Hrsg.): Inszenierter Stolz. Stadtrepräsentationen in drei deutschen Gesellschaften (1935–1975), Stuttgart 2005, zusammenfassend bes. S. 75–80 und 453–456.

19 Einigkeit besteht darin, dass soziale Differenzen nicht eingeebnet wurden.

20 Vgl. auch für das Folgende: Wildt, Michael (Hrsg.): Volksgemeinschaft als Selbstermächtigung. Gewalt gegen Juden in der deutschen Provinz 1919 bis 1939, Hamburg 2007, bes. S. 352–374.

21 Bajohr, Frank: Die Zustimmungsdiktatur. Grundzüge nationalsozialistischer Herrschaft in Hamburg, in: Forschungsstelle für Zeitgeschichte Hamburg (Hrsg.): Hamburg im „Dritten Reich“, S. 69–121, hier S. 111.

22 Ebd.

Der Begriff „Zustimmungsdiktatur“ ist damit auch als eine Weiterentwicklung des Schlagworts „Verführung und Gewalt“ zu verstehen: Die Bevölkerung erlitt keine Herrschaft oder wurde verführt; sie herrschte selbst – aus individuell durchaus unterschiedlichen Motiven – aktiv mit und habe, so Bajohr, damit die Möglichkeit eines Nischenlebens für Einzelne verhindert.

Bajohrs Untersuchung ist auch ein Beispiel für die neuere Stadt- und Regionalgeschichtsschreibung kulturgeschichtlicher Prägung, bei der das informelle und kommunikative Miteinander im alltäglichen Lebens- und Handlungsraum in den Vordergrund tritt. Lokale Kultur wird daraufhin untersucht, inwiefern die Menschen Aspekte der nationalsozialistischen Weltanschauung in ihre Praktiken integrierten und damit – ob willentlich oder nicht – einen gesellschaftlichen Wandel, eine Nazifizierung der Gesellschaft vollzogen. Als ein besonders herausragendes Beispiel gilt in diesem Zusammenhang die Studie über Nachbarschaften in Hildesheim. In ihr wird unter anderem analysiert, ob und wie der Hitlergruß praktiziert wurde. Der Autor stellt fest, dass selbst diese alltägliche Verrichtung geeignet war, Freunde und Nachbarn in Arier und Juden zu teilen.²³

Kulturgeschichtliche Untersuchungen dieser Art liegen jedoch erst vereinzelt vor. So ist auch der Frage, welche Rolle lokale und regionale Kultur und Bräuche für die Akzeptanz und das Funktionieren des Nationalsozialismus vor Ort spielten, bisher nur ansatzweise nachgegangen worden²⁴ Zu untersuchen ist, ob die nationalsozialistische „Weltanschauung“ seitens der Bevölkerung leichter akzeptiert oder sogar angenommen wurde, wenn sie in einen lokalen Kontext eingebettet war und an einen Lokalbezug anknüpfen konnte, also an eine gefühlsmäßige Bindung der Einwohner an ihr Lebensumfeld. So schwierig diese Frage zu beantworten und methodisch zu fassen ist, so gut tut die Forschung doch daran, wenigstens Annäherungswerte zu erreichen, um ermessen zu können, wie tief und vielschichtig sich die Zeit des Nationalsozialismus in die Gesellschaft eingewoben hat. Das soll mit vorliegender Arbeit versucht werden.

Bislang wurde in vielen Untersuchungen die Stadt, das Dorf oder die Region hauptsächlich als Projektionsfläche nationaler Politik in Form eines quellentechnisch gut eingrenzbaren Mikrokosmos aufgefasst. Die Studien zu lokalen und regionalen Strukturen dienten dazu, Rückschlüsse auf die Funktionsweise des Nationalsozialismus im Ganzen zu ziehen; die Stadt wurde vorrangig als bloße Örtlichkeit der NS-Herrschaft begriffen. Die Stadt weist indessen eine duale Struktur auf. Zum einen ist sie durchaus als ein Mikrokosmos der Gesamtgesellschaft zu begreifen, zum anderen verfügt jede Stadt über ein besonderes Profil, ist demnach nicht austauschbar. Dieses Profil wird im Laufe der Geschichte von nationalen, regionalen und lokalen Prozessen und Strukturen sowie diversen Akteuren ge-

23 Vgl. Bergerson: *Ordinary Germans*, bes. S. 255.

24 Vgl. von Saldern: *Inszenierter Stolz*, hierin insbesondere Seegers, Lu: *Hansetradition, niederdeutsches Volkstum und moderne Industriestadt: Die Rostocker Kulturwochen (1934–1939)*, S. 147–183 und dies.: *Stadtrepräsentationen. Zum Verhältnis von urbaner Kultur und Herrschaftssystem im Deutschland der dreißiger und sechziger Jahre (Projektbericht)*, in: *IMS*, H. 2.2000, S. 22–24.

formt. So gewinnt jede Stadt eine eigene Qualität, einen eigenen, über Jahre hinweg entwickelten Charakter.²⁵ Neuere Untersuchungen nehmen sich gerade dieser Thematik an. Analysiert wird die Repräsentation einzelner Städte zu verschiedenen Zeiten und innerhalb diverser Herrschaftsformen, um auf diese Weise den Kontinuitäten und Brüchen in der Selbstdarstellung und Fremdwahrnehmung der Städte auf die Spur zu kommen.²⁶ Hieran soll mit der vorliegenden Arbeit angeknüpft werden, indem die Ehrungen einer Stadt als ein Aspekt städtischer Repräsentation in einem jeweils spezifischen Kommunikations- und Symbolraum betrachtet werden.

Die Frage nach den Stadtrepräsentationen in Form von Ehrungen dient zum einen dem Ziel, die damit verbundenen Herrschaftsprozesse offen zu legen, denn Repräsentation²⁷ symbolisiert Herrschaft und macht damit das Verhältnis der ehrenden Eliten untereinander und zu den Adressaten sichtbar. Darüber hinaus zeigen die Handlungsabläufe im Vorfeld der Ehrungen Kommunikationsstrukturen zwischen den Funktionseleiten auf, die von Kooperation bis hin zu offenen und latenten Kämpfen um die politische Macht reichen. Die Vertreter der städtischen Verwaltung und Politik, der Vereine und der Parteigliederungen der NSDAP bemühten sich zumeist, durch die Gestaltung der Zeremonien, die rednerischen Beiträge und die Lancierung entsprechender Inhalte an die Presse nicht nur den Geehrten in ein positives Licht zu rücken, sondern auch sich selbst. Sie versuchten damit, sich den repräsentativen Raum zu schaffen, der ihnen ihres Erachtens zustand. Stadtrepräsentationen folgten und folgen unter diesem Aspekt betrachtet im Wesentlichen den aus der Diplomatie bekannten Spielregeln. Diese sind jedoch nicht als Kodex fixiert, so dass es zu aufschlussreichen kontinuierlichen Aushandlungsprozessen zwischen den Elitegruppen kam.

Zum anderen eröffnet die Analyse städtischer Repräsentationen den Blick auf die Stadtbilder. Zu diesen gehören die Selbstbilder der Einwohner sowie die Stadtimages, die von unterschiedlichen Personengruppen zugunsten der Vermarktung der Stadt geprägt und gezielt verbreitet wurden.²⁸ Das hier untersuchte Han-

25 Vgl. zuletzt: Berking, Helmuth/Löw, Martina (Hrsg.): Die Eigenlogik der Städte. Neue Wege für die Stadtforschung, Frankfurt am Main/New York 2008.

26 Vgl. von Saldern: Inszenierter Stolz.

27 Zum Begriff der Repräsentation als „Vergegenwärtigung“ eines Anwesenden bzw. als Stellvertretung eines Abwesenden und damit zum einen als Darstellung, zum anderen als Substitut vgl. Chartier, Roger: Die Welt als Repräsentation, in: Middell, Matthias/Sammler, Steffen (Hrsg.): Alles Gewordene hat Geschichte. Die Schule der Annales in ihren Texten 1929–1992, Leipzig 1994, S. 320–355, bes. S. 338 und Scheerer, E./Meier-Oeser, S./Haller, B./Scholz, O. R./Behnke, K.: Repräsentation, in: Ritter, Joachim (Hrsg.): Historisches Wörterbuch der Philosophie, Bd. 8, Darmstadt 1992, S. 790–853, hier S. 827. Zu den sich daraus ergebenden Funktionen der Stadtrepräsentationen vgl. Saldern, Adelheid von: Einleitung, in: dies.: Inszenierter Stolz, S. 11–28, hier S. 11f.

28 Sandra Schürmann und Jochen Guckes unterscheiden zwei Sorten Stadtbilder, die freilich miteinander verklammert sind: das Stadtimage als Resultat einer Profilierungsstrategie und das Selbstbild, das sich die Einwohner von „ihrer“ Stadt machen. Vgl. Schürmann, Sandra/Guckes, Jochen: Stadtbilder – städtische Repräsentationen, in: IMS, H. 1.2005, S. 5–10,

nover hatte in der Weimarer Republik keine herausgehobene Stellung unter den Großstädten des Deutschen Reiches eingenommen und gelangte auch nach 1933 nicht zu größerer Bedeutung. Die vor allem in der Reichshauptstadt Berlin und in München, der „Hauptstadt der Bewegung“, relevanten nationalen Repräsentationsaufgaben spielten in der städtischen Kulturpolitik Hannovers nur eine untergeordnete Rolle. Hannover ist demnach ein Beispiel, das für viele Großstädte in der NS-Zeit steht; dennoch verfügte es wie jede Stadt auch über „individuelle“ Merkmale. Hannover war schon seit der Weimarer Republik die „Großstadt im Grünen“ und wurde während dieser Zeit in Künstlerkreisen als Zentrum der Moderne bekannt. Anhand der Untersuchung der Kontinuitäten und Brüche bei den Stadtbildern nach 1933 kann dazu beigetragen werden, Aufschlüsse darüber zu erlangen, inwieweit Hannover zu einer nationalsozialistischen Stadt geformt wurde.²⁹ Damit wird auch eine andere traditionelle Vorstellung kritisch in den Blick genommen: Kommunales Handeln wird gern als Beharrungskraft gegen die (nationalsozialistische) Nation gewertet. Genau das jedoch bedarf, wie gezeigt werden wird, noch einer gründlichen Überprüfung.³⁰

Die Untersuchung von Ehrungen als Repräsentationsformen erfasst nicht nur Herrschaftspraktiken, sondern auch die darin eingelassenen Stadtbilder, wie sie sich in Ehrenbürgerschaftsernennungen, an Personen erinnernden Denkmälern und Gedenktafeln oder nach solchen benannten Preisen, Gebäuden, Straßen und Plätzen zeigen. Auch Trauerfeiern, Ehrenbegräbnisse und Kranzniederlegungen sowie Festlichkeiten aus Anlass eines hochrangigen Besuchs in der Stadt werden in die Studie einbezogen. Hinzu kommen Referenzbezeugungen anlässlich Geburts- oder Todestagen und offizielle Dankschreiben, Gratulationen oder Beileidsschreiben. Die Palette verschiedenartiger Ehrungspraktiken reicht also von außergewöhnlichen Festanlässen wie Volksfesten und Empfängen bis hin zu alltäglichen Begebenheiten wie dem Lesen eines Stadtplans und seines Straßenverzeichnisses. Ehrungen belobigen populäre oder hoch stehende Persönlichkeiten bis hin zu Arbeitern im Betrieb. Durch die große Bandbreite von Ehrbezeugungen ist es

hier S. 5. Hinzu kommen noch die Fremdbilder über eine Stadt, die sich oft zu Stereotypen verfestigen, jedoch für diese Untersuchung keine Rolle spielen.

- 29 Die Soziologen Berking und Löw haben in ihrer Publikation zur Eigenlogik der Städte dafür plädiert, eine Stadt weniger, wie bislang in der Stadtsoziologie üblich, als räumliche Konzentration allgemeiner gesellschaftlicher Entwicklungen zu sehen, sondern mehr ihre Singularität zu betonen. So formuliert Gehring: „Städte sind nicht Mischungen vorgefertigter gesellschaftlicher Ingredienzen, sondern sie bringen ihre Ingredienzen (und das Wirkungsgefüge ihrer Komponenten) in einem hohen Maße eigenmächtig und in vielem auch selbst hervor“ (S. 157). Es wäre müßig, hier über die Reichweite dieses Ansatzes zu diskutieren, fest steht jedenfalls, dass eine größere Offenheit gegenüber kulturellen und strukturellen Unterschieden zwischen den Städten auch für historische Stadtstudien unter neuen Fragestellungen förderlich sein kann, insbesondere dann, wenn es sich um Analysen der städtischen Images handelt. Zum Begriff der Individualität vgl. ebd., S. 161.
- 30 Die Sichtweise, lokale Politik sei „Opfer“ der nationalen Politik und der globalen Wirtschaft, ist zumindest im Globalisierungsdiskurs immer noch aktuell. Dazu kritisch Massey, Doreen: Keine Entlastung für das Lokale, in: Berking, Helmuth (Hrsg.): Die Macht des Lokalen in einer Welt ohne Grenzen, Frankfurt am Main/New York 2006, S. 25–31.

möglich, sowohl Kontinuitäten und Veränderungen der damit verbundenen Wertvorstellungen nachzuzeichnen als auch die Frage zu beantworten, ob und gegebenenfalls wie Ehrungen für die Integration der Bevölkerung in die Zustimmungsdiktatur genutzt wurden.

Theoretische Prämissen und Fragestellungen

In den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 erzielte die NSDAP in Hannover 42 Prozent der Stimmen³¹ und erreichte damit im großstädtischen Vergleich eine hohe Zustimmungsrate, sogar beinahe den Reichsdurchschnitt von 43,9 Prozent der Wählerinnen und Wähler.³² Da die Kommunalwahlen vom 12. März 1933 diesen Anteil mit 41,9 Prozent in etwa bestätigten,³³ verfügte die NSDAP-Fraktion im Rathaus danach über eine Mehrheit. Dennoch blieb Arthur Menge, ein rechtskonservativer, ehemals der regionalistischen Welfenpartei³⁴ angehörender Jurist, Oberbürgermeister. Ihm standen überwiegend rechtskonservative und erfahrene Dezernenten als Verwaltungsspitzen zur Seite. Erst im August 1937 wurde Menge nach Ablauf seiner Amtszeit durch den Nationalsozialisten Henricus Haltenhoff ersetzt.

Die reale politische Macht der Akteure war allerdings nicht deckungsgleich mit ihrer formalen Position, wie die Untersuchung von Ehrbezeugungen zeigen wird. Warum sich über die symbolische Ehrungspraxis Rückschlüsse auf die realen Veränderungen der Machtkonstellationen ziehen lassen, hat Pierre Bourdieu in seiner Theorie des „sozialen Raums“ als Korrelation zwischen gesellschaftlicher und symbolisch-physischer Stellung im Raum erklärt.³⁵ Demnach resultiert die

31 Vgl. Mlynek, Klaus: Hannover in der Weimarer Republik und unter dem Nationalsozialismus 1918–1945, in: ders./Röhrbein, Waldemar R. (Hrsg.): Geschichte der Stadt Hannover, Bd. 2: Vom Beginn des 19. Jahrhunderts bis zur Gegenwart, Hannover 1994, S. 405–577, hier S. 495.

32 Vgl. die Tabelle zu den Wahlergebnissen verschiedener Städte bei Schmiechen-Ackermann, Detlef: Großstädte und Nationalsozialismus 1930–1945, in: Möller, Horst/Wirsching, Andreas/Ziegler, Walter (Hrsg.): Nationalsozialismus in der Region. Beiträge zur regionalen und lokalen Forschung und zum internationalen Vergleich, München 1996, S. 253–270, hier S. 266. In den Großstädten erhielt die NSDAP durchschnittlich 33,3 Prozent der Stimmen, im Reichsdurchschnitt 43,9 Prozent, vgl. Falter, Jürgen W.: Hitlers Wähler, München 1991, S. 168 u. 25.

33 Vgl. Mlynek: Hannover, S. 495.

34 Für einen Überblick vgl. Hartwig, Edgar: Welfen. 1866–1933 (Deutsch-Hannoversche Partei. DHP), in: Fricke, Dieter (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte: Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789–1945), Köln 1983–1986, S. 482–490.

35 Vgl. Bourdieu, Pierre: Physischer, sozialer und angeeigneter physischer Raum, in: Wentz, Martin (Hrsg.): Stadt-Räume, Frankfurt am Main/New York 1991, S. 25–35. Zu den verschiedenen Raumtheorien und dem „spatial turn“ in den Kulturwissenschaften vgl. Döring, Jörg/Thielmann, Tristan (Hrsg.): Spatial Turn. Das Raumparadigma in den Kultur- und Sozialwissenschaften, Bielefeld 2008; Dünne, Jörg/Günzel, Stephan (Hrsg.): Raumtheorie. Grundlagentexte aus Philosophie und Kulturwissenschaften, Frankfurt am Main 2006; Bachmann-

Position, die ein Akteur im physischen Raum einnimmt, aus seinem gesellschaftlichen Prestige, dessen Größe sich als symbolisches Kapital wie Spielchips addieren lässt.³⁶ Nimmt ein Akteur auf der Ehrentribüne Platz, steht er am Rednerpult oder fährt er in einer Limousine durch ein Spalier, wird sein bis dato akkumuliertes symbolisches Kapital durch seine hervorgehobene öffentliche Position sichtbar.³⁷ Dabei wächst nicht allein das symbolische Kapital des Geehrten aufgrund der ihm erwiesenen Hochachtung, sondern auch das der Ehrenden, da solchen Praktiken stets der Effekt der Selbstehrung innewohnt. Ehrungen stellen also eine symbolische Materialisierung politischer Macht und Dominanz dar. Ein Rückschluss von einer Ehrung auf die reale Macht ist zwar nicht in jedem Einzelfall möglich, da auch individuelle und willkürliche Entscheidungen und Zufälle sowie Zugeständnisse, die lediglich im Licht anderer Entscheidungen verständlich werden, eine Rolle spielen. Betrachtet man jedoch die gesamte Ehrungspraxis von 1933 bis 1945, lässt sich der jeweilige Einfluss der einzelnen Akteure auf die politische Gestaltung städtischer Angelegenheiten in seiner Gesamtentwicklung nachvollziehen. Welchen Akteuren gelang es, Denkmäler, Gedenktafeln und Straßennamen zur Repräsentation ihrer Politik zu installieren, vor allem an den besonders umkämpften zentralen Orten und Plätzen der Stadt? Wer konnte sich als Gastgeber nationaler oder internationaler Prominenz präsentieren? Wer musste aus der Position des Bittstellers agieren? Gefragt wird in der vorliegenden Studie auch danach, welche Übereinstimmungen und Diskrepanzen es gerade zu Beginn der NS-Herrschaft zwischen den verbliebenen Rechtskonservativen und den politisch gestärkten nationalsozialistischen Personen und Gruppen gab. Dabei wäre auch zu prüfen, inwiefern die übliche Gegenüberstellung von Rechtskonservativen und Nationalsozialisten den Tatsachen entsprach oder ob die personellen und institutionellen Konfliktlinien anders verliefen.

Die Ehrungspraxis ist jedoch nicht allein für das Verhältnis zwischen den Eliten aufschlussreich. Ehrungen waren auch direkte oder medial vermittelte gesellschaftliche Deutungsangebote für eine Zuhörer-, Zuschauer- oder Leserschaft. Das Deutungsangebot war dabei weder bindend, noch mussten die Aneignungsformen seitens der Adressaten, die einer Ehrung gewahr wurden, übereinstim-

Medick, Doris: *Cultural Turns. Neuorientierungen in den Kulturwissenschaften*, Reinbek bei Hamburg 2006, hier S. 284–328; Schroer, Markus: *Räume, Orte, Grenzen. Auf dem Weg zu einer Soziologie des Raumes*, Frankfurt am Main 2006 und Löw, Martina: *Raumsoziologie*, Frankfurt am Main 2001. Für die Geschichtswissenschaft vgl. Schlögel, Karl: *Kartenlesen, Augenarbeit. Über die Fälligkeit des Spatial turn in den Geschichts- und Kulturwissenschaften*, in: Kittsteiner, Heinz Dieter (Hrsg.): *Was sind Kulturwissenschaften? 13 Antworten*, München 2004, S. 261–283 und Schlögel, Karl: *Im Raume lesen wir die Zeit. Über Zivilisationsgeschichte und Geopolitik*, München u. a. 2003.

36 Vgl. hierzu Vogt, Ludgera: *Zur Logik der Ehre in der Gegenwartsgesellschaft. Differenzierung, Macht, Integration*, Frankfurt am Main 1997, S. 121–143.

37 Laut Martina Löw ist Bourdieu einer der wenigen, der das herrschaftliche Moment im Raum betont und konsequent berücksichtigt hat. Vgl. Löw, Martina: *Raum. Die topologischen Dimensionen der Kultur*, in: Jaeger, Friedrich/Liebsch, Burkhard (Hrsg.): *Handbuch der Kulturwissenschaften. Bd. 1: Grundlagen und Schlüsselbegriffe*, Stuttgart/Weimar 2004, S. 46–59, hier S. 50.

mend oder konsistent sein. Sie konnten von uneingeschränkter Zustimmung über verhaltenen Jubel, interessengeleitetes In-Kauf-Nehmen, widerwilliges Spalierstehen, aktives Ignorieren und taktisches Hintergehen bis hin zu Exil und Widerstand reichen. Welche Reaktionen folgten zum Beispiel auf die in Hannover wie auch andernorts getätigten Rücknahmen der überwiegend aus den Weimarer Jahren stammenden Ehrungen von Juden, Sozialdemokraten und Gewerkschaftern? Diese Entehrungen verliefen parallel zu den Verboten von Parteien und Vereiningungen und den gewalttätigen Ausschreitungen gegen deren Angehörige oder nahmen diese symbolisch vorweg. Gleichzeitig wurde Hitler zum Ehrenbürger ernannt und für Horst Wessel eine Eiche am zentralen Königsworther Platz gepflanzt. Welche Reaktionen der Einwohner lassen sich nachweisen? Auf welche Haltungen kann daraus geschlossen werden?

Aneignung heißt nicht allein, die soziale Welt zu deuten und kognitive Bezüge herzustellen, sondern auch praktisch auf sie zu reagieren und damit ein Teil dieser sozialen Welt zu sein.³⁸ Dies impliziert zweierlei: Zum einen fußen Ehrungen als Interaktion zwischen Ehrenden und Publikum nicht allein auf kalkuliertem politischem Handeln,³⁹ sondern sie tangieren auch zu einem – vielleicht beträchtlichen – Teil die sinnliche Wahrnehmung von Körperlichkeit und Gebärden, von intuitiven, spontanen und emotional aufgeladenen Gesten und Äußerungen sowie das gemeinsame Wissen um gesellschaftlich akzeptierte Wertmaßstäbe und Verhaltensweisen. Wer allein strategisches Handeln und zielgerichtete politische Äußerungen wie Vereinbarungen zwischen den Funktionseleiten oder wohlüberlegte Zuschriften von Bürgern analysiert, übergeht diese Dimension menschlicher Kommunikation und unterschlägt damit einen wichtigen Teil ihres Funktionierens. Zum anderen ist soziale Praxis stets gesellschaftlich. Praktiken sind nach Karl H. Hörning „immer beides: Wiederholung und Neuerschließung“, also sowohl „fraglose Anwendungen von bereits bestehenden Möglichkeiten“ als auch „andersartige Hervorbringung von Vertrautem“.⁴⁰ Dabei wird das Handeln Einzelner als zwar nicht determiniert, aber auch nicht als autonom verstanden. Es ist

38 Vgl. Chartier: Die Welt als Repräsentation, S. 343f. Er weist darauf hin, dass Aneignung keine rein kognitive Aufgabe ist.

39 Zur Abgrenzung des Begriffs der Praxis von dem auf Weber zurückgehenden Begriff des zweckgerichteten Handelns vgl. Hörning, Karl H.: Kultur als Praxis, in: Jaeger/Liebsch: Handbuch Bd. 1, S. 139–151.

40 Vgl. ebd., Zitate S. 145. Anregungen für diese Arbeit fanden sich außerdem besonders bei Lippuner, Roland: Raum-Systeme-Praktiken. Zum Verhältnis von Alltag, Wissenschaft und Geographie, Stuttgart 2005, Kap. 8; Flaig, Egon: Habitus, Mentalitäten und die Frage des Subjekts. Kulturelle Orientierung sozialen Handelns, in: Jaeger, Friedrich/Rüsen, Jörn (Hrsg.): Handbuch der Kulturwissenschaften. Bd. 3: Themen und Tendenzen, Stuttgart/Weimar 2004, S. 356–371; Kraus, Beate: Habitus und soziale Praxis, in: Steinrück, Margareta (Hrsg.): Pierre Bourdieu. Politisches Forschen, Denken und Eingreifen, Hamburg 2004, S. 91–106; Welskopp, Thomas: Der Mensch und die Verhältnisse. „Handeln“ und „Struktur“ bei Max Weber und Anthony Giddens, in: Mergel, Thomas/Welskopp, Thomas (Hrsg.): Geschichte zwischen Kultur und Gesellschaft. Beiträge zur Theorie-Debatte, München 1997, S. 39–70 und Giddens, Anthony: Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung, Frankfurt am Main/New York 1988, bes. S. 51–67.

in einen fortlaufenden kollektiven Handlungsstrang eingebettet, so dass sich jeder Akteur im Handeln auf die Gesellschaft bezieht, zwischen ihr und sich vermittelt und damit soziale Praxis stetig reproduziert und verändert.

Auch Herrschaft wird als soziale und kulturelle Praxis und damit in ihrem Variantenreichtum sozialer Beziehungen und Kontexte verstanden.⁴¹ Anweisungen und Befehle, Akzeptanz und Ablehnung prägen ebenso wie die „verdeckten und ‚sanften‘ Übermächtigungen“⁴² die Kommunikation zwischen Herrschern und Beherrschten. Diese können in einem strukturell hierarchischen Verhältnis zueinander stehen, wie auch eine lediglich punktuelle einseitige Übermächtigkeit zwischen eher Gleichen möglich ist. Alf Lüdtke bedient sich hier des Terminus des „Kräftefeldes“. Es

„vermeidet eine einfache Zweipoligkeit. Den Herrschenden stehen zwar Beherrschte gegenüber – Herrschende konstituieren sich in der Definition und der Verfügung über Beherrschte. Dennoch mögen sich die Herrschenden ihrerseits in Abhängigkeiten finden. Und auch die Beherrschten sind mehr als passive Adressaten der Regungen der Herrschenden. Vor allem zeigen sich Ungleichheiten und Widersprüche auch zwischen Herrschenden, ebenso wie zwischen Beherrschten.“⁴³

Insofern lässt sich auch für die Stadtbevölkerung nicht von einseitiger oder gar ohnmächtiger Abhängigkeit sprechen, selbst wenn die gravierenden Machtunterschiede zwischen den Herrschaftsträgern und der Bevölkerung gerade in einer Diktatur wie dem NS-Regime nicht übersehen werden können und sollen.⁴⁴

Massenveranstaltungen, Feiern, Denkmäler und andere Ehrungsmanifestationen werden in der vorliegenden Arbeit sowohl als symbolische als auch als materielle Welt begriffen.⁴⁵ Die gegenständliche Welt ist nicht nur Ergebnis sozialer Praxis, sondern tritt den Akteuren auch wieder als Objektivation im Raum entgegen und bietet, verändert oder verhindert Handlungsoptionen. Untersucht werden sollen also nicht nur (Neu-)Konstruktionen städtischer Kultur, sondern auch ihre potentielle Rückwirkung, die dann entsteht, wenn die Stadtbewohner die im Raum

41 Vgl. zum Begriff der Herrschaft immer noch grundlegend Lüdtke, Alf: Einleitung: Herrschaft als soziale Praxis, in: ders. (Hrsg.): Herrschaft als soziale Praxis. Historische und sozialanthropologische Studien, Göttingen 1991, S. 9–66; neuerdings auch Maset, Michael: Diskurs, Macht und Geschichte. Foucaults Analysetechniken und die historische Forschung, Frankfurt am Main/New York 2002, bes. S. 71–80. Bourdieu spricht von „Komplizenschaft“ der Akteure, da diese die bestehende Herrschaft immer wieder praktizieren und damit bestätigen. Vgl. Bourdieu, Pierre: Habitus, Herrschaft und Freiheit, in: Steinrück, Margareta (Hrsg.): Wie die Kultur zum Bauern kommt. Über Bildung, Schule und Politik. Schriften zu Politik & Kultur 4, Hamburg 2001, S. 162–173, Zitat S. 166.

42 Lüdtke: Einleitung, S. 10.

43 Ebd., S. 13.

44 So neigt Bussemer: Propaganda und Populärkultur dazu, von etwa gleich starken Parteien auszugehen. Dies wird u. a. an der Nutzung der Bezeichnung „Waffengleichheit“ (S. 65) deutlich.

45 Zur Wiederbeachtung der Objektwelt im Konzept der sozialen Praxis vgl. Hörning, Karl H./Reuter, Julia: Doing Material Culture. Soziale Praxis als Ausgangspunkt einer „realistischen“ Kulturanalyse, in: Hepp, Andreas/Winter, Rainer (Hrsg.): Kultur – Medien – Macht. Cultural Studies und Medienanalyse, Opladen 2006 [1997], S. 109–123, bes. S. 115–117.

befindlichen Kulturgegenstände (re-)aktiv in ihr Verhalten integrieren. Stadtkultur wird damit als wechselseitige Kommunikation zwischen Ehrenden und Adressaten begriffen. So ist zum Beispiel zu fragen, welche Beziehung ein Bürger zu einer Gedenktafel aufnehmen konnte oder – um ein konkretes Beispiel zu nennen – welches Verhältnis er zu König Ernst-August aufbaute, dessen Denkmal vor dem Bahnhof er täglich passierte.

Die Stadtgeschichte, wie sie narrativ erzählt, geschrieben und visualisiert wurde, sowie das Stadtimage, wie es strategisch konzipiert und medial inszeniert wurde,⁴⁶ werden in der vorliegenden Arbeit als Teile des kulturellen Gedächtnisses verstanden, genauer des Funktionsgedächtnisses, wie es von Aleida und Jan Assmann formuliert wurde.⁴⁷ Demnach handelt es sich beim kulturellen Gedächtnis um eine institutionalisierte Form der Speicherung kollektiver Sinnstiftungen, die sich aus zwei Bereichen zusammensetzt: einem Speichergedächtnis, unter anderem bestehend aus Archiven und Museen, in dem unzusammenhängende historische Daten, Taten und Ereignisse gesammelt und in schriftlicher, bildlicher und architektonischer Form konserviert werden, und einem Funktionsgedächtnis. Das Funktionsgedächtnis, das der Gegenwart Sinn verleiht und die Vergangenheit gemäß den zeitgenössischen Zukunftsentwürfen deutet, entsteht dadurch, dass sich die verschiedenen Akteure, von Wissenschaftlern über Journalisten bis hin zu Stadtmarketing-Fachleuten, selektiv aus dem als Materialsammlung fungierenden Speichergedächtnis bedienen.⁴⁸

Stadtimage und Stadtgeschichte speisen sich auch aus den Erzählungen über diejenigen Persönlichkeiten, die als Repräsentanten der Stadt angesehen werden. Ihre als ehr- und gedenkwürdig anerkannten Leistungen werden zu einem Bestandteil des städtischen Wertekanons erhoben und sollen die Stadtbilder mitprägen. Das Funktionsgedächtnis ist dabei in besonders hohem Ausmaß ein Herr-

46 Zum in der Geschichtswissenschaft noch nicht etablierten Begriff des Images und seiner Bedeutungsdimensionen vgl. Münkler, Daniela/Seegers, Lu: Einleitung: Medien und Imagepolitik im 20. Jahrhundert, in dies. (Hrsg.): Medien und Imagepolitik im 20. Jahrhundert. Deutschland, Europa, USA, Frankfurt/New York 2008, S. 9–20.

47 Zum kulturellen Gedächtnis vgl. Assmann, Aleida: Vier Formen des Gedächtnisses, in: Erwägen, Wissen, Ethik, H. 2, 13/2002, S. 183–190, hier S. 189f.

48 Vgl. Assmann, Aleida: Funktionsgedächtnis und Speichergedächtnis. Zwei Modi der Erinnerung, in: Platt, Kristin/Dabag, Mihran (Hrsg.): Generation und Gedächtnis, Opladen 1995, S. 169–185. Assmann grenzt sich durch diese perspektivische Differenzierung von der Theorie Pierre Noras ab. Dieser hatte das relative Gedächtnis und die objektive Geschichte als polare Gegensätze bestimmt. Vgl. Nora, Pierre: Zwischen Geschichte und Gedächtnis, Frankfurt am Main 1990 sowie die darauf Bezug nehmenden dokumentierten Forschungsprojekte François, Etienne/Schulze, Hagen (Hrsg.): Deutsche Erinnerungsorte. 3 Bde., München, 2., durchges. Aufl. 2001 und Carcenac-Lecomte, Constanze/Czarnowski, Katja/Frank, Sybille/Frey, Stefanie/Lüdtke, Torsten (Hrsg.): Steinbruch. Deutsche Erinnerungsorte. Annäherung an eine deutsche Gedächtnisgeschichte, Frankfurt am Main 2000. Eine weitere Auseinandersetzung mit der Frage nach der Objektivität oder Relativität von Geschichte bietet Ricoeur, Paul: Gedächtnis, Geschichte, Vergessen, Paderborn 2004 und ders.: Geschichtsschreibung und Repräsentation der Vergangenheit, in: Colliot-Thélène, Catherine (Hrsg.): Konferenzen des Centre Marc Bloch (Berlin), Münster 2002, S. 7–48.

schaftsinstrument, denn über die Auswahl der durch Denkmäler, Ehrenbürgerchaften oder Gedenktafeln weiterhin oder neu Geehrten werden Personengruppen stellvertretend ein- oder ausgeschlossen. Dadurch lassen sich aber auch durch eine sich wandelnde Ehrungslandschaft Veränderungen in den realen oder proklamierten Wertmaßstäben erkennen. Bis 1933 gehörten zum Beispiel König Ernst-August (1771–1851) genauso wie der einstige sozialdemokratische Oberbürgermeister Robert Leinert (1873–1940) und der hannoversche Stadtplaner und Architekt Georg Ludwig Friedrich Laves (1788–1864) zum kulturellen Gedächtnis Hannovers und repräsentierten die Stadt nach außen.⁴⁹ Wie veränderte sich die Ehrungslandschaft nach 1933? Welche Personen wurden aus welchen Gründen zu Stadtpersönlichkeiten ernannt oder durch kollektives „Vergessen“⁵⁰ ausgegrenzt? Warum wurden Frauen nur in Ausnahmen in den Rang Geehrter erhoben und in welchen Situationen und Konstellationen geschah dies? Kurzum: Inwiefern veränderte die nationalsozialistische Ehrungspolitik das kollektive Gedächtnis der Stadt?⁵¹

Da es aufgrund der NS-Kulturpolitik unmöglich war, sich werbend als Standort moderner Kunst zu präsentieren, soll auch betrachtet werden, ob neue Kulturthemen zur Etablierung eines veränderten Stadtimages zum Zuge kamen oder Schwerpunktverlagerungen vorgenommen wurden⁵² und ob sich darin begründete Verschiebungen auch in den stadtbezogenen Narrativen und in der Ehrungspraxis erkennen lassen.

49 Stachel wies zuletzt darauf hin, dass Erinnerungsorte wie Denkmäler, Plätze und Straßen verschiedenen Zeiten nebeneinander Gültigkeit verschaffen können, vgl. Stachel, Peter: Stadtpläne als politische Zeichensysteme. Symbolische Einschreibungen in den öffentlichen Raum, in: Jaworski, Rudolf/Stachel, Peter (Hrsg.): Die Besetzung des öffentlichen Raumes. Politische Plätze, Denkmäler und Straßennamen im europäischen Vergleich, Berlin 2007, S. 13–60, hier S. 19.

50 Vgl. zu den Aspekten des Vergessens Butzer, Günter: Einleitung, in: ders./Günter, Manuela (Hrsg.): Kulturelles Vergessen. Medien – Rituale – Orte, Göttingen 2004, S. 9–14.

51 Grundlegend zu den verschiedenen Gedächtnistheorien vgl. Erll, Astrid: Kollektives Gedächtnis und Erinnerungskulturen. Eine Einführung, Stuttgart/Weimar 2005; Fauser, Markus: Einführung in die Kulturwissenschaft, Darmstadt 2003, S. 116–138; aus transdisziplinärer Perspektive Welzer, Harald: Gedächtnis und Erinnerung, in: Jaeger/Rüsen: Handbuch Bd. 3, S. 155–174 und Assmann, Aleida: Erinnerungsräume. Formen und Wandlungen des kulturellen Gedächtnisses, München 2003.

52 Zum Ende Hannovers als Stadt der modernen Kunst vgl. Katenhusen, Ines: „Hannover ist nie ein Athen gewesen, eher denn ein Sparta“. Bildende Kunst und Politik in Demokratie und Diktatur, in: HGBI NF 54/2000, S. 5–40.

Forschungsstand

Eine grundlegende Untersuchung bundesrepublikanischer Ehrungspraktiken wurde 1997 von Ludgera Vogt vorgelegt.⁵³ Für die Ehrungspraxis in der NS-Zeit, in der Weimarer Republik oder im Kaiserreich liegen dagegen nur Spezialuntersuchungen vor, so zum Beispiel zu staatlichen Ehrungen⁵⁴ oder zum Mutterkreuz.⁵⁵ Mehrere Einzeldarstellungen widmen sich Ehrenbürgerschaften, so dass die Literatur hier am ehesten als Vergleichsbasis dienen kann, um nationalsozialistische oder hannoversche Spezifika und Tendenzen herauszuarbeiten.⁵⁶ Gedenktafeln sind in der Forschung beinahe gänzlich unerschlossen.⁵⁷ Ihnen könnte jedoch künftig gesteigerte Aufmerksamkeit zukommen, wie sie ähnlich bereits Jahrestagen und Jubiläen⁵⁸ sowie Straßennamen zuteil wurde.⁵⁹ Hintergrund ist die inten-

- 53 Vogt: Logik der Ehre. Dass diese Studie schnell zum Standardwerk avancierte, verdankte sie auch der guten Darstellung der verschiedenen anthropologischen und soziologischen Theorien zur Ehre und der Prüfung ihres Nutzens zur Erklärung von Ehrungspraktiken. Vgl. insbesondere Bourdieu, Pierre: Entwurf einer Theorie der Praxis auf der ethnologischen Grundlage der kabyllischen Gesellschaft, Frankfurt am Main 1976. Sehr anregend für die vorliegende Arbeit war außerdem Paris, Rainer: Die Politik des Lobs, in: Nedelmann, Birgitta (Hrsg.): Politische Institutionen im Wandel, Opladen 1995, S. 83–107.
- 54 Vgl. Kirchner, Heinz/Thiemann, Hermann-Wilhelm/Laitenberger, Birgit: Deutsche Orden und Ehrenzeichen: Kommentar zum Gesetz über Titel, Orden und Ehrenzeichen und eine Darstellung deutscher Orden und Ehrenzeichen von der Kaiserzeit bis zur Gegenwart mit Abbildungen, Köln u. a., 5., neubearb. und erg. Aufl. 1997 und Kletmann, Kurt-Gerhard: Staatlich-zivile Auszeichnungen. Weimarer Republik und Drittes Reich, Stuttgart 1990.
- 55 Vgl. Weyrather, Irmgard: Muttertag und Mutterkreuz. Der Kult um die „deutsche Mutter“ im Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 1993.
- 56 Vgl. Rahden, Till van: Juden und andere Breslauer. Die Beziehung zwischen Juden, Protestanten und Katholiken in einer deutschen Großstadt von 1860 bis 1925, Göttingen 2000; Müller, Hartmut: Vom Ehrenbürgerrecht der Freien Hansestadt Bremen, in: Bremisches Jahrbuch 78/1999, S. 190–200 und Spielmann, Karlheinz: Ehrenbürger und Ehrungen in Geschichte und Gegenwart. Eine Dokumentation zur deutschen und mitteleuropäischen Geschichte, 2 Bde., Dortmund, 3., wesentl. erw. Aufl. 1967. Zur NS-Zeit vgl. Schwensen, Broder: „In dankbarer Freude“. Verleihung des Flensburger Ehrenbürgerrechts während der NS-Zeit, in: ders.: Zwischen Konsens und Kritik. Facetten kulturellen Lebens in Flensburg 1933–1945, Flensburg 1999, S. 37–57; Johe, Werner: Hitler in Hamburg. Dokumente zu einem besonderen Verhältnis, Hamburg 1996, S. 233–236 u. 219f. sowie Maier, Stefan: Die Feier zur Überreichung der Ehrenbürgerurkunde an Adolf Hitler 1933, in: Möseneder, Karl (Hrsg.): Feste in Regensburg. Von der Reformation bis in die Gegenwart, Regensburg 1986, S. 595–599.
- 57 Eine Ausnahme bietet der gute Überblick über Berlin: Hoss, Christiane/Schönfeld, Martin (Hrsg.): Gedenktafeln in Berlin. Orte der Erinnerung an Verfolgte des Nationalsozialismus 1991–2001, Berlin 2002. Für Göttingen vgl. Nissen, Walter/Prauss, Christina/Schütz, Siegfried: Göttinger Gedenktafeln. Ein biografischer Wegweiser, Göttingen 2002. Zu essentialistisch dagegen ist m. E. Bickel, Wolfgang: Flurkreuz, Gedenkstein, Marterl und Tafel. Kleindenkmale als Fundamentalquellen, in: Praxis Geschichte, H. 6, 2003, S. 51–53.
- 58 Vgl. Münch, Paul (Hrsg.): Jubiläum, Jubiläum ... Zur Geschichte öffentlicher und privater Erinnerung, Essen 2005; Müller, Winfried/Flügel, Wolfgang/Loosen, Iris/Rosseaux, Ulrich (Hrsg.): Das historische Jubiläum. Genese, Ordnungsleistung und Inszenierungsgeschichte eines institutionellen Mechanismus, Münster 2003 und Schmidt, Thomas: Kalender und Gedächtnis. Erinnern im Rhythmus der Zeit, Göttingen 2000.

siv geführte interdisziplinäre Gedächtnisforschung, die auch den Rahmen für den Großteil der Beiträge über Denkmäler absteckt.⁶⁰ Die Betrachtung der Denkmäler als Speichergedächtnis dient zumeist der Untersuchung der Nationalgeschichtsschreibung,⁶¹ der man sich zum Teil auch über internationale Vergleiche nähert.⁶² Dennoch bleiben Lokalstudien auch hier relevant,⁶³ wobei die Errichtung von Denkmälern durch die örtliche NSDAP oder die Deutsche Arbeitsfront zum Zwecke der Integration von Arbeitern in die „Volksgemeinschaft“ als Forschungsdesiderat betrachtet werden muss.⁶⁴

Neben den im weitesten Sinne als Ehrungen von Persönlichkeiten zu betrachtenden kulturellen Praktiken sind auch andere Forschungsbeiträge zur Kulturpolitik im Nationalsozialismus hilfreich. Sie dienen der Kontextualisierung der Ehrungspolitik hinsichtlich der Art und Weise der Vermittlung von Kultur, dem Wandel von Zielen und Inhalten oder den Bedingungen und Möglichkeiten des

- 59 Vgl. zuletzt Pöppinghege, Rainer: Wege des Erinnerns. Was Straßennamen über das deutsche Geschichtsbewusstsein aussagen, Münster 2007; Bering, Dietz/Großsteinbeck, Klaus: Die ideologische Dimension der Kölner Straßennamen von 1870 bis 1945, in: Jaworski/Stachel: Besetzung, S. 311–335 und Lübbren, Rainer: Swinegel Uhland. Persönlichkeiten im Spiegel von Straßennamen, Norderstedt 2001. Auf die Zeit des Nationalsozialismus fokussiert Fürstenberg, Doris/Kulturamt Steglitz/Arbeitskreis „Nationalsozialismus in Steglitz“ (Hrsg.): „Straßenname dauert noch länger als Denkmal“. Die Benennung von Straßen in Berlin-Steglitz 1933–1948, Berlin 1999. Anregend, wenngleich für die DDR, auch Sänger, Johanna: Heldenkult und Heimatliebe. Straßen- und Ehrennamen im offiziellen Gedächtnis der DDR, Berlin 2006.
- 60 Für einen Überblick über die Denkmalforschung, wenngleich nur bis 1918, vgl. den Forschungsstand bei Rausch, Helke: Kultfigur und Nation. Öffentliche Denkmäler in Paris, Berlin und London 1848–1914, München 2006, S. 24–36; Schmid, Hans-Dieter: Den künftigen Geschlechtern zur Nacheiferung. Denkmäler als Quellen der Geschichtskultur, in: Praxis Geschichte, H. 6, 2003, S. 4–10; Jaworski, Rudolf: Denkmäler als Gedächtnisorte und als Gegenstand der Forschung. Regionale und vergleichende Aspekte, in: ders./Molik, Witold (Hrsg.): Denkmäler in Kiel und Posen, Kiel 2002, S. 10–22 und Schneider, Gerhard: Kriegerdenkmäler als Geschichtsquellen. Didaktisch-methodische Bemerkungen zum Unterricht im 9. bis 13. Schuljahr, in: Pandel, Hans-Jürgen/Schneider, Gerhard (Hrsg.): Handbuch. Medien im Geschichtsunterricht, Schwalbach/Taunus 1999, S. 525–578.
- 61 Vgl. z. B. Schlie, Ulrich: Die Nation erinnert sich. Die Denkmäler der Deutschen, München 2002 und Koshar, Rudy: Germany's transient past. Preservation and National Memory in the Twentieth Century, Chapel Hill/London 1998.
- 62 Vgl. zuletzt Jaworski/Stachel: Besetzung. Tacke, Charlotte: Denkmal im sozialen Raum. Nationale Symbole in Deutschland und Frankreich im 19. Jahrhundert, Göttingen 1995 ist auch aufgrund ihrer methodischen Herangehensweise für die folgende Arbeit relevant.
- 63 Vgl. Häger, Hartmut: Kriegstotengedenken in Hildesheim. Geschichte, Funktionen und Formen. Mit einem Katalog der Denkmäler für Kriegstote des 19. und 20. Jahrhunderts, Hildesheim 2006 und Klingel, Kerstin: Eichenkranz und Dornenkrone. Kriegerdenkmäler in Hamburg, Hamburg 2006. Explizit der Erforschung des städtischen kollektiven Gedächtnisses der Stadt Weimar widmet sich Ulbricht, Justus H.: Die Inszenierung des Vergessens oder: entrückte und entschwundene Denkmäler. Bemerkungen zur (Selbst-)Wahrnehmungsgeschichte Weimars, in: Höhnl, Dieter (Hrsg.): Vor-Reiter Weimars. Die Großherzöge Carl August und Carl Alexander im Denkmal, Jena 2003, S. 8–33.
- 64 Es liegt allerdings eine kunsthistorisch angelegte Arbeit vor, vgl. Schirmbeck, Peter: Adel der Arbeit. Der Arbeiter in der Kunst der NS-Zeit, Marburg 1984.

Handelns der Akteure.⁶⁵ Von den Untersuchungen einzelner kultureller und kulturpolitischer Felder sind hier vor allem diejenigen zu Feierlichkeiten relevant⁶⁶ sowie zur Verflechtung von Kultur und nationalsozialistischer Propaganda, insbesondere der völkisch-rassistischen.⁶⁷ Zudem kann an Studien angeknüpft werden, die sich den Akteursbeziehungen und Entscheidungsstrukturen in Politik und Kulturverwaltung, vor allem auf lokaler Ebene, widmen⁶⁸ und die Relevanz der Kultur für das städtische Selbstbild darlegen.⁶⁹ Mittlerweile liegen auch einige Überblicksdarstellungen zur nationalsozialistischen Kulturpolitik vor.⁷⁰

- 65 Einen Überblick über die Veränderungen, die die Kulturpolitik seit 1933 durchlief, bieten Dunk, Hermann Walther von der: *Kulturgeschichte des 20. Jahrhunderts*, Darmstadt 2000; Bollenbeck, Georg: *Tradition, Avantgarde, Reaktion. Deutsche Kontroversen um die kulturelle Moderne 1880–1945*, Frankfurt am Main 1999, bes. Kap. 4 u. 5 und Saldern, Adelheid von: „Kunst für’s Volk“. Vom Kulturkonservatismus zur nationalsozialistischen Kulturpolitik, in: MarBolek, Inge/Wildt, Michael (Hrsg.): *Adelheid von Saldern: Politik – Stadt – Kultur. Aufsätze zur Gesellschaftsgeschichte des 20. Jahrhunderts*, Hamburg 1999, S. 169–204.
- 66 Vgl. an neueren und weiterführenden Beiträgen v. a. von Saldern: *Inszenierter Stolz*; zur Medienkultur siehe Faulstich, Werner: *Medienkultur im Nationalsozialismus. Ein Forschungsbericht*, in: Karmasin, Matthias/Faulstich, Werner (Hrsg.): *Krieg – Medien – Kultur. Neue Forschungsansätze*, Paderborn 2007, S. 145–192, hier S. 146–148 zum Fest als Primärmedium propagandistischer Zwecke; Rolf, Malte: *Die Feste der Macht und die Macht der Feste. Fest und Diktatur – zur Einleitung*, in: *Journal of Modern European History*, H. 1, 4/2006, S. 39–59 und Behrenbeck, Sabine: *Durch Opfer zur Erlösung. Feierpraxis im nationalsozialistischen Deutschland*, in: dies./Nützenadel, Alexander (Hrsg.): *Inszenierungen des Nationalstaats. Politische Feiern in Italien und Deutschland seit 1860/71*, Köln 2000, S. 149–170. Für Hannover vgl. Schmid: *Feste und Feiern*.
- 67 Vgl. Kühberger, Christoph: *Emotionaler Rausch: Zu den Mechanismen der Gefühlsmobilisierung auf faschistischen und nationalsozialistischen Festen*, in: Klimó, Árpád von/Rolf, Malte (Hrsg.): *Rausch und Diktatur. Inszenierung, Mobilisierung und Kontrolle in totalitären Systemen*, Frankfurt am Main/New York 2006, S. 177–192; Odenwald, Florian: *Der nazistische Kampf gegen das „Undeutsche“ in Theater und Film 1920–1945*, München 2006; Etlin, Richard A. (Hrsg.): *Art, culture, and media under the Third Reich*, Chicago 2002 und von Saldern: *Kunst für’s Volk*.
- 68 Vgl. Schmidt, Christoph: *Nationalsozialistische Kulturpolitik im Gau Westfalen-Nord. Regionale Strukturen und lokale Milieus (1933–1945)*, Paderborn 2006; Sarkowicz, Hans (Hrsg.): *Hitlers Künstler. Die Kultur im Dienst des Nationalsozialismus*, Frankfurt am Main 2004; Ulbricht, Justus H. (Hrsg.): *Klassikerstadt und Nationalsozialismus. Kultur und Politik in Weimar 1933 bis 1945*, Weimar 2002 und Hörtnagel, Mathias: *Regionale Kultur im Zeichen des Hakenkreuzes. Nationalsozialistische Kulturpolitik und ihre Auswirkungen auf das Alltagsleben der Bevölkerung in den holsteinischen Städten Kiel und Elmshorn 1933–1939*, Kiel 1998.
- 69 Vgl. Thießen, Malte: *Eingebrannt ins Gedächtnis. Hamburgs Gedenken an Luftkrieg und Kriegsende 1943 bis 2005*, Hamburg 2007; von Saldern: *Inszenierter Stolz*; Guckes, Jochen: *Stadtbilder und Stadtrepräsentationen im 20. Jahrhundert*, in: *IMS*, H. 1, 2005, S. 75–86; Wasserloos, Yvonne: *Damnatio memoriae. Die städtische Kulturpolitik und die Demontage des Mendelssohn-Denkmal in Leipzig*, in: Mecking, Sabine/Wirsching, Andreas (Hrsg.): *Stadtverwaltung im Nationalsozialismus. Systemstabilisierende Dimensionen kommunaler Herrschaft*, Paderborn 2005, S. 139–180 und Thijs, Krijn: *Die „braune“ Erzählung der Stadt-*

Für die bereits ausführlicher dargelegte Stadt- und Regionalgeschichte sei an dieser Stelle lediglich auf Forschungsberichte und vergleichende Zusammenfassungen verwiesen, die die diversen Einzelfallstudien reflektieren und in konzeptueller Hinsicht bedeutsam für die vorliegende Arbeit waren.⁷¹

Über Hannover im Nationalsozialismus gibt es aktuelle und hochwertige Literatur zur politischen Entwicklung und den verschiedenen Akteuren, denen diese Studie viel zu verdanken hat.⁷² Gerade hinsichtlich der Kulturpolitik in der NS-Zeit bestehen jedoch weiterhin gravierende Lücken, so dass lediglich auf wenigen Vorarbeiten aufgebaut werden konnte. Eine am Historischen Seminar der Leibniz-Universität Hannover entstandene Internetpräsenz stellt das hannoversche Gedenken an den deutschen Kolonialismus dar und berücksichtigt Straßen, Denkmäler und Biografien gleichermaßen.⁷³ Darüber hinaus existieren zu Straßenbenennungen einige interessante Detailuntersuchungen.⁷⁴ Über Denkmäler gibt es nur sehr

geschichte. Zur 700-Jahr-Feier der Reichshauptstadt und zur stadthistorischen Disziplin, in: Berlin in Geschichte und Gegenwart 2002, S. 111–136.

- 70 Vgl. Reichel, Peter/Glaser, Hermann/Dümling, Albrecht/Haibl, Michaela: Kunst, in: Benz, Wolfgang/Graml, Hermann/Weiß, Hermann (Hrsg.): Enzyklopädie des Nationalsozialismus, München 2007, S. 166–203; Glaser, Hermann: Wie Hitler den deutschen Geist zerstörte. Kulturpolitik im Dritten Reich, Hamburg 2005 und Hildebrand, Klaus: Das Dritte Reich, München, 6., neubearb. Aufl. 2003, S. 242–253.
- 71 Vgl. Schmiechen-Ackermann, Detlef: Großstädte und Nationalsozialismus. Stand, Probleme und Perspektiven der Forschung, in: Münkler, Daniela/Schwarzkopf, Jutta (Hrsg.): Geschichte als Experiment. Studien zu Politik, Kultur und Alltag im 19. und 20. Jahrhundert. Festschrift für Adelheid von Saldern, Frankfurt am Main/New York 2004, S. 333–344; Szejnmann, Claus-Christian W.: Theoretisch-methodische Chancen und Probleme regionalgeschichtlicher Forschungen zur NS-Zeit, in: Ruck, Michael/Pohl, Karl Heinrich (Hrsg.): Regionen im Nationalsozialismus, Bielefeld 2003, S. 43–57 und Schneider, Michael: Nationalsozialismus und Region, in: AfS 40/2000, S. 423–439.
- 72 Vgl. Fleiter: Stadtverwaltung; Stadtarchiv Hannover (Hrsg.): Schreibtischtäter? Einblicke in die Stadtverwaltung Hannover 1933–1945. Bearb. von Wolf-Dieter Mechler und Hans-Dieter Schmid, Hannover 2000; Schmiechen-Ackermann, Detlef: Kooperation und Abgrenzung. Bürgerliche Gruppen, evangelische Kirchengemeinden und katholisches Sozialmilieu in der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in Hannover, Hannover 1999; ders.: Nationalsozialismus und Arbeitermilieus. Der nationalsozialistische Angriff auf die proletarischen Wohnquartiere und die Reaktion in den sozialistischen Vereinen, Bonn 1998; Mlynek: Hannover und Steinweg, Wolfgang: Das Rathaus in Hannover. Von der Kaiserzeit bis in die Gegenwart, Hannover 1988.
- 73 Rost, Inga-Dorothee: Koloniale Spuren in Hannover, 2004, <http://www.koloniale-spuren.de/> [DL: 28.5.2010]. Vgl. auch Dunse, Karin: Spuren deutscher Kolonialgeschichte im öffentlichen Raum. Am Beispiel Hannovers, in: Weltengarten. Deutsch-afrikanisches Jahrbuch für interkulturelles Denken, H. 7, 2004, S. 175–188.
- 74 Vgl. Satjukow, Silke: Bahnhofstraßen. Geschichte und Bedeutung, Köln/Weimar/Wien 2002, S. 305–341; Deuter, Renate/Dringenberg, Bodo: Frauenstraßennamen, in: HGBI NF 52/1998, S. 431–450; Dringenberg, Bodo: Vom Stendor zum Hofacker. Kriegerisches in Hannovers Straßennamen, in: Mußmann, Olaf (Hrsg.): Leben abseits der Front. Hannoverscher Alltag in kriegerischen Zeiten, Hannover 1992, S. 191–211 und Kühne, Heinz: Straßen, Namen, Freimaurer. Straßennamen in Hannover, Hannover 1991. Für eine Sammlung der Straßennamen vgl. die unten in der Quellenbeschreibung genannten Veröffentlichungen von Helmut Zim-

wenige Einzeldarstellungen,⁷⁵ darunter befindet sich eine fundierte Monografie über die Kriegerdenkmäler Hannovers.⁷⁶ Eine hervorragende und detailreiche Gesamtdarstellung der kulturpolitischen Situation der 1920er- und frühen 30er-Jahre bieten darüber hinaus die Schriften von Ines Katenhusen.⁷⁷

Quellen

An Quellen standen für diese Arbeit vorwiegend die im Stadtarchiv Hannover gesammelten Akten aus der Stadtverwaltung zur Verfügung. Die Hauptregistratur des Magistrats enthält zu vielen Denkmälern, Gedenktafeln, Feierlichkeiten, Ehrenbürgerschaften und weiteren Ehrungen die damaligen Geschäftsgänge im Rathaus. Auch Umgestaltungen bereits bestehender Ehrungen, Entehrungen sowie Planungen, selbst wenn diese ohne konkretes Ergebnis verliefen, sind erhalten geblieben und wurden berücksichtigt. Ergänzende Bestände boten vor allem das Niedersächsische Hauptstaatsarchiv Hannover und die Außenstelle Berlin-Lichterfelde des Bundesarchivs,⁷⁸ für Straßenbenennungen die Geoinformation des Fachbereichs Planen und Stadtentwicklung⁷⁹ der Stadtverwaltung Hannover sowie die Schriften Helmut Zimmermanns.⁸⁰

mermann sowie Hanke, Christian: Hannovers Straßennamen erzählen Geschichte, Hannover 2006.

- 75 Vgl. Schmid, Hans-Dieter: Mit Luther siegen. Zur Entstehungsgeschichte und symbolischen Bedeutung des hannoverschen Lutherdenkmals von 1900, in: Kreter, Karljosef/Schneider, Gerhard (Hrsg.): Stadt und Überlieferung. Festschrift für Klaus Mlynek, Hannover 1999, S. 129–158; Weibezahn, Ingrid: Das Leibnizdenkmal in Hannover. Geschichte, Herkunft und Wirkung, in: Niederdeutsche Beiträge zur Kunstgeschichte 1972, S. 191–248. Zu Leibniz vgl. auch Rumpf, Peter: Von der Infinitesimalrechnung zum Leibniz-Keks. Gottfried Wilhelm Leibniz und die Folgen, in: Carcenac-Lecomte u. a.: Steinbruch, S. 49–66 und Christes, Thomas/Brüggemann, Michael: Leibniztempel.de, <http://www.leibniztempel.de/> [DL: 28.5.2010].
- 76 Vgl. Schneider, Gerhard: „... nicht umsonst gefallen“? Kriegerdenkmäler und Kriegstotenkult in Hannover, Hannover 1991. Für die Vorgeschichte des NS vgl. ders.: Militarisierung des Bewußtseins und nationale Konsensstiftung. Kriegerdenkmäler in Hannover 1919 bis 1933, in: HGBI NF 43/1989, S. 85–118.
- 77 Vgl. Katenhusen: Hannover ist nie ein Athen gewesen; dies.: Kunst und Politik. Hannovers Auseinandersetzungen mit der Moderne in der Weimarer Republik, Hannover 1998. Vgl. auch den Sammelband von Bergmeier, Hinrich/Katzenberger, Günter (Hrsg.): Kulturaustreibung. Die Einflußnahme des Nationalsozialismus auf Kunst und Kultur in Niedersachsen. Eine Dokumentation zur gleichnamigen Ausstellung, Hamburg 2000. Verwiesen sei außerdem auf die journalistische, aber qualitativ hochwertige Darstellung der hannoverschen Kulturpolitik während des Zweiten Weltkriegs in Grabe, Thomas/Hollmann, Reimar/Mlynek, Klaus/Radtke, Michael: Unter der Wolke des Todes leben ... Hannover im Zweiten Weltkrieg, Hamburg 1983, S. 175–200.
- 78 Vgl. die ausführlichere Übersicht im Quellenverzeichnis. Zur allgemeinen Quellenlage für die NS-Forschung vgl. Boberach, Heinz: Quellen zum Nationalsozialismus, in: Benz/Graml/Weiß: Enzyklopädie, S. 366–381.
- 79 Mangels eines systematischen Verzeichnisses über die während der NS-Zeit geänderten Straßennamen wurde das Verfahren gewählt, Helmut Zimmermanns umfangreichen Überblick über Straßenbenennungen auf Änderungen von personenbezogenen Straßennamen zu durch-

Aufgrund des dargelegten Forschungskonzepts wurden vorrangig diejenigen Ehrungen untersucht, die als Akte städtischer Repräsentation und damit vorzugsweise stadtpfentlich oder zumindest innerhalb der städtischen Elite vollzogen wurden.⁸¹ Damit wurden weder die innerhalb der Kommune betriebenen ritualisierten Auszeichnungen an Mitarbeiter, vor allem aus Anlass von Dienstjubiläen, noch parteiinterne Auszeichnungen der NSDAP an ihre Mitglieder berücksichtigt.⁸²

Erhalten haben sich fast ausschließlich die Kommunalakten; für den Gau Südhannover-Braunschweig sind – wie für die Mehrheit der NSDAP-Gaue – lediglich Restbestände überliefert.⁸³ Um diese quelleninduzierte Ungleichgewichtung zu minimieren, wurde ergänzendes Material herangezogen. So wurden zu den bereits bekannten Ehrungsterminen die Lokalzeitungen und für den Zeitraum 1933 bis 1945 stichprobenartig die nationalsozialistische „Niedersächsische Tageszeitung“ und die auflagenstärkste Tageszeitung der bürgerlichen Presse, der sich als überparteilich verstehende „Hannoverschen Anzeiger“, eingesehen.⁸⁴ Im Jahr 1943 fusionierten beide und erschienen seit dem 1. März als „Hannoversche Zeitung“. Da die großstädtische Presse trotz Gleichschaltung und Zensur⁸⁵ ein un-

suchen und nur für die daraus resultierenden Neu- und Umbenennungen die Quellen einzusehen.

- 80 Vgl. Zimmermann, Helmut: Verschwundene Straßennamen in Hannover, in: HGBI NF 48/1994, S. 355–378; ders.: Die Straßennamen der Landeshauptstadt Hannover, Hannover 1992; ders.: Hannovers Straßennamen – Ergänzungen und Berichtigungen, in: HGBI NF 42/1988, S. 215–232 und ders.: Hannovers Straßennamen, in: HGBI NF 35/1981, S. 3–123.
- 81 Zu Teilöffentlichkeiten als Kommunikationsräumen vgl. Saldern, Adelheid von: Öffentlichkeiten in Diktaturen. Zu Herrschaftspraktiken im Deutschland des 20. Jahrhunderts, in: Heydemann, Günter/Oberreuter, Heinrich (Hrsg.): Diktaturen in Deutschland – Vergleichsaspekte. Strukturen, Institutionen und Verhaltensweisen, Bonn 2003, S. 442–475 und Requate, Jörg: Öffentlichkeit und Medien als Gegenstände historischer Analyse, in: GuG 25/1999, S. 5–32.
- 82 Eine komparatistische Untersuchung des stadt- und parteiinternen Auszeichnungssystems dürfte zwar durchaus lohnenswert sein, müsste jedoch anders konzipiert werden. Zudem wäre zumindest für den Gau Südhannover-Braunschweig die Quellenlage unzureichend. Verzichtet wurde auf die Einbeziehung des Ehrensolds als Gratifikation für Künstler und mangels ausreichender Quellengrundlage auch die Betrachtung der Stadtplaketten, einer Auszeichnung für Personen, die sich um die Stadt Hannover verdient gemacht hatten.
- 83 Vgl. Boberach: Quellen zum Nationalsozialismus, bes. S. 370.
- 84 Zur Entwicklung der hannoverschen Presse vgl. Dietzler, Anke: Die hannoverschen Tageszeitungen in den ersten Jahren der NS-Herrschaft (Diss.), Hannover 1984; Noakes: The Nazi Party, Übersicht und Auflagenstärke auf S. 20f. und Mangelsen, Jochen: „Hannoversche Allgemeine Zeitung“ – „Hannoverscher Anzeiger“. Untersuchung zur Entwicklung einer Tageszeitung seit ihrer Gründung im Jahre 1893. Ein Beitrag zur Zeitungsgeschichte der letzten 75 Jahre, Berlin 1968.
- 85 Zur Presse im Nationalsozialismus vgl. Zimmermann, Clemens: Medien im Nationalsozialismus. Deutschland 1933–1945, Italien 1922–1943, Spanien 1936–1951, Wien 2007, S. 85–128 und Dussel, Konrad: Deutsche Tagespresse im 19. und 20. Jahrhundert, Münster 2004, S. 159–185.

verzichtbares Organ der Vermittlung lokalen Lebens⁸⁶ und Medium der Repräsentation blieb, kann sie auch in Forschungen nicht unberücksichtigt bleiben, selbst wenn sie zweifelsohne besonders kritisch auf Euphemismen, Verzerrungen, Auslassungen und Falschmeldungen geprüft werden muss. Hinzugenommen wurden außerdem Berichte von Ämtern oder Amtspersonen,⁸⁷ aus sozialistischen Kreisen⁸⁸ und weitere individuelle Rückblicke und Tagebuchaufzeichnungen,⁸⁹ so dass verschiedene Blickwinkel zur Sprache kamen und in Einzelfällen Zeitungsinformationen bestätigt oder korrigiert werden konnten.

- 86 Zur Entwicklung des Pressewesens und seiner Bedeutung für die Städte vgl. Schildt, Axel: Stadt, Medien und Öffentlichkeit in Deutschland im 20. Jahrhundert. Ergebnisse der neueren Forschung, in: IMS, H. 1, 2002, S. 36–43, bes. S. 39f; Zimmermann, Clemens: Zur Einleitung. Stadt, Medien und Lokalität, in: IMS, H. 1, 2002, S. 5–13, bes. S. 7 und Lindner, Rolf: Die Entdeckung der Stadtkultur. Soziologie aus der Erfahrung der Reportage, Frankfurt am Main 1990, S. 17–22.
- 87 Vgl. Boberach, Heinz (Hrsg.): Meldungen aus dem Reich 1938–1945. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS. Vollständige Texte aus dem Bestand des Bundesarchivs Koblenz, 17 Bde. und Registerband, Herrsching 1985; Mlynek, Klaus: Politische Lageberichte aus den Anfangsjahren der NS-Zeit am Beispiel von Stadt und Landkreis Hannover (Teil 1), in: HGBI NF 33/1979, S. 119–142 und Teil 2 in: HGBI NF 33/1979, S. 187–238 und Michaelis, Herbert/Schraepfer, Ernst: Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart. Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte. Bd. 11: Das Dritte Reich, Berlin 1979, S. 42–62.
- 88 Vgl. Behnken, Klaus (Hrsg.): Deutschlandberichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SoPaDe) 1934–1940, 7 Bde., Salzhausen 1980 und Theilen, Karin: Sozialistische Blätter. Das Organ der „Sozialistischen Front“ in Hannover 1933–1936, Hannover 2000.
- 89 Vgl. den Rückblick des Juristen Berlit, Jan-Wolfgang: Wie ich mich von Hitler (ver-)führen ließ. Selbstanalyse eines Bundesbürgers, Hannover 1997, des Gauleiters Lauterbacher, Hartmann: Erlebt und mitgestaltet. Kronzeuge einer Epoche 1923–1945. Zu neuen Ufern nach Kriegsende, Preußisch Oldendorf 1984 und des Arbeiters Dürkefalden, Karl: „Schreiben, wie es wirklich war ...“. Aufzeichnungen Karl Dürkefaldens aus den Jahren 1933–1945. Hrsg. von Herbert und Sibylle Obenaus, Hannover 1985.